

Schluß mit EU – Phemismen!

Ein Diskussionsbeitrag von Ralph Niemeyer

Die Geschichte von Freiheitskämpfen lehrt uns, dass die Frage der Gewalt vom Unterdrücker und nicht vom Unterdrückten beantwortet wird. So hatte es Nelson Mandela in einem Interview mit mir 1994 erklärt, weshalb er mal als Terrorist gegolten hatte. Der Parlamentarismus wäre ohne vorhergehenden Befreiungskampf oder Revolution nicht denkbar. Jüngere Beispiele sind Irland und Südafrika und auch bei uns zeigt es sich, daß eine parlamentarische Opposition nur effektiv arbeitet wenn es außerparlamentarischen und gegebenenfalls, wenn die Reaktionen der Herrschenden auf friedlichen Protest es fordern, auch paramilitärischen Widerstand erfordert. In Anlehnung an Max Reimann, der im Namen der KPD sprach, können wir heute sagen, daß selbst wenn wir dem Grundgesetz nicht zugestimmt haben, wir es sein werden die es am Ende am heftigsten verteidigen werden gegen Machterhaltungsganoven und leider auch gegen Genossinnen und Genossen der „SPD-Nachfolgepartei“.

Ja bloß, wo ist der revolutionäre Geist in unserer Partei geblieben? Ich habe jetzt beide Wahlprogrammwürfe ausführlich studiert und sehe, daß der vom Vorstand vorgelegte Entwurf darauf abzielt, sich im System einzurichten, der Gegenentwurf selbiges zu reparieren, aber ich dachte, wir wollten den Kapitalismus überwinden?!

Bürokraten hätten an der Auseinandersetzung in unserer Partei ihre helle Freude, Rosa Luxemburg nicht. Die Wählerinnen und Wähler verwirrt es bestenfalls, die meisten werden sich abwenden, fürchte ich.

Natürlich machen wir dem nationalliberalen rechten Rand keine Konkurrenz wenn wir sagen, daß der Euro so den Völkern Europas nicht nützt sondern schadet. Gleichwohl ist ein Ausstieg auch keine Lösung da es nicht die Frage ist wie die Währung heißt unter der man ausgebeutet wird sondern welche Verteilungsform herrscht und das zieht die Frage nach dem Wirtschaftssystem nach sich. Wenn dieses System sich nur unter der Prämisse Wachstum um jeden Preis aufrecht erhalten lässt, dann verhandelt man doch nicht über den Preis sondern stellt das System in Frage!

Äußerungen unseres einstigen von Konzernmedien ernannten „Vordenkers“ im Neuen Deutschland zu unseren zentralen friedenspolitischen Positionen sind mehr als irritierend, aber weit davon entfernt mehrheitsfähig zu sein. Ich brauche von daher nicht im Einzelnen darauf einzugehen. Zugleich waren die den Gegentwurf begleitenden Interviews in der Jungen Welt ebenfalls geeignet spalterisch zu wirken, denn es ist Unsinn den Autoren der Programmwürfe einerseits zu unterstellen sie wollten uns regierungsfähig trimmen oder andererseits vorzuwerfen nur auf Nationalstaatlichkeit ausgerichtete Pamphlete zu verfassen. Natürlich werden wir regieren aber nicht unter kapitalistischen Herrschaftskriterien!

Es stimmt dass die Vertragswerke der EU alles Üble in sich vereinen und es ist richtig das anzusprechen aber solange wir keine Mehrheit haben wird sich daran nichts ändern lassen. Werten wir dies als einen Beweis für Rosa Luxemburg's These wonach ein Parlament nur ein Resonanzboden ist. Fakten schaffende Aktionen sind von Bedeutung und wir sollten zu Generalstreik und dauerhaften Occupy Aktionen aufrufen, diese materiell ausstatten und so friedlich wie man es uns gestattet durchführen.

Es wurde zuviel geredet und geschrieben, auch in den beiden Entwürfen, daß alleine die Debatte darüber uns in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler als eine zerstrittene Partei erscheinen läßt, die sich gegenseitig die moralische Grundlage entzieht anstatt an einem Strang zu ziehen. Seien wir uns doch darüber im Klaren, daß niemand in unserer Partei Banken retten möchte, Kriege zulassen möchte, den Sozialstaat weiter zerschlagen möchte, sondern daß wir alle Sozialisten sind.

Die vergiftete Atmosphäre zwischen einigen Debattenteilnehmern ist nicht repräsentativ für unsere Parteibasis. Die teilweise persönlichen Angriffe und Unterstellungen sind parteischädigend. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist unsere Debatte um die Europawahlprogrammentwürfe schlicht an Bedeutungslosigkeit nicht zu überbieten. Solange wir keine parlamentarische Mehrheit erreichen auch nur einen einzigen Punkt umzusetzen können wir uns über die gesellschaftliche Mehrheit freuen, sollten uns aber auf einige klare Kernforderungen beschränken und keine Pamphlete schreiben, die niemand außerhalb unserer Partei lesen wird, wohl aber den Streit darüber ertragen muß.

Im Landtagswahlkampf bei uns in Niedersachsen haben die WählerInnen uns vor einem Jahr deutlich das Vertrauen entzogen und dies lag nicht nur daran, daß die Medien uns als Verhinderer eines möglichen Regierungswechsels gebrandmarkt hatten, sondern auch daran, daß es den Menschen einfach nicht vermittelbar war, warum wir einerseits fundamentale Opposition schwören und andererseits in den letzten 2 Wochen vor der Wahl Sahara-Großflächenplakate kleben mithilfe derer wir vor der Eurokrise warnen um sie dann erklären zu lassen, sie würde als frischgewählte NRW-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl im September zurvor mit SPD und Grünen die Koalitionsverhandlungen führen und dann als Wirtschaftsministerin nach Hannover wechseln. Unseriöser konnten wir uns den Bürgerinnen und Bürgern nicht präsentieren. Die gute, sachbezogen-kompetente, konsequente Oppositionsarbeit unserer Landtagsfraktion über 5 Jahre hinweg war plötzlich konterkariert, weil unserer im Kern zutreffenden Argumentation, die Eurokrise erreiche marode Schulen, Arbeitsplätze, Krankenhäuser, LeiharbeiterInnen, sozial Ausgegrenzte, auf Inklusion Angewiesene, RentnerInnen und MigrantInnen niemand folgen konnte und wollte. Die Eurokrise hatte mit der Landtagswahl in der öffentlichen Wahrnehmung keine Schnittmenge und jetzt scheinen uns die gleichen Genossen, die diese fehlgeschlagene Wahlkampfstrategie zu verantworten haben, suggerieren zu wollen, daß wir, um keine Stimmen an rechtpopulistische Parteien zu verlieren, die nationalstaatliche Ebene betonen müssten und etwas EU-kritischer daherkommen sollten.

Um es ganz klar zu sagen, beide Entwürfe haben etwas für sich wobei der zweite nur deshalb meine Präferenz findet weil er kürzer und prägnanter ist. Besonders aus journalistischer Sicht macht er eindeutig mehr her, aber nur die wenigsten Wähler lesen Wahlprogramme, weil sie von den immer wieder gebrochenen Versprechen ermüdet und entnervt sind, selbst wenn unsere Partei als nicht an Bundesregierungen beteiligte einen gewissen Bonus haben sollte.

Für nette Worte werden wir nicht gewählt, und ebenso wie beim Thema „Hartz IV“ bleiben wir im Konkreten hinter den von den Betroffenen in uns gesetzten Erwartungen zurück, dabei sollten wir nicht nur Hartz IV sanktionsfrei machen und den Satz erhöhen wollen, sondern an des Übel's Wurzel gehen. In der Hartz IV-Thematik blieben wir für den Bürger ohne Vision. Das Bedingungslose Grundeinkommen wäre ein Schritt gewesen, zu dem wir uns hätten bekennen können. Ich habe dies trotz anfänglicher Zweifel getan.

Gleichsam greifen beide Programmentwürfe in der Europapolitik des Pudel's Kern, die Forderung nach einem nicht-kapitalistischen Wirtschaftssystem, nicht in einer konkreten Form auf, so daß uns jemand dafür wählen würde.

Es ist richtig, daß unser Wahlprogramm sich mit der Frage der Verfassung der EU befassen soll. Mit der mentalen, sowie mit der rechtlichen. In beiden Fällen steht es nicht gut. Die Bürgerinnen und Bürger sind mit Recht skeptisch und ablehnend gegenüber der EU, und das nicht etwa wegen der falschen Akteure in Kommission, Rat und Parlament, sondern wegen der Grundlagen, auf die diese sich stützen. Daraus zu folgern, daß wir uns besser auf unsere nationalen Verfassungserrungschaften konzentrieren sollten, wie es der zweite Programmentwurf suggeriert, ist jedoch fatal, denn so gut das Grundgesetz im Vergleich mit allen früheren deutschen Verfassungen erscheint, so wenig konkret ist es in entscheidenden Fragen der sozialen Sicherheit und Teilhabe, sowie deren Einklagbarkeit. Hier wäre eine Nachhilfestunde im Verfassungsrecht anderer EU Mitglieder angeraten.

Uns fehlte in Deutschland ein Ereignis wie die Französische Revolution: Grundrechte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verankert in der Verfassung als Abwehr gegen den unvernünftigen Staat.

Nicht nur Freiheitsrechte gehören in einer Verfassung verankert, sondern auch die der sozialen Absicherung und sozialen Teilhabe. Etliche der östlichen EU Mitgliedsstaaten verfügen in ihren jeweiligen Verfassungen über einklagbare Grundrechte auf Wohnen, soziale Absicherung und vieles mehr, und könnten hier als Vorbild dienen.

Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Das schließt auch die soziale Teilhabe ein, sonst hieße es, das Überleben eines Jeden ist sicherzustellen. Von knapp 400 Euro im Monat kann man am gesellschaftlichen und politischen Leben nicht teilnehmen, schon für eine Fahrt zu einer Demo muß man wochenlang sparen, ebenso wie auf einen Theater- oder Kinobesuch. Die Tatsache, daß man 14 Euro für Alkoholische

Genussmittel herausgekürzt hat zeigt, wie zynisch das System handelt, denn auch Alkohol in gewissen Maßen gehört zu einem würdigen Leben. Von 14 Euro kann man sich jedenfalls nicht besaufen. Daß Hartz IV verfassungswidrig ist, kann man schon anhand von Artikel 12 GG nachweisen, denn damit wird die Zwangsarbeit ganz klar verboten. Wenn einem Menschen der ohnehin schon nicht ausreichend bemessene Grundbedarf durch „Sanktionen“ gekürzt oder gar völlig in Abrede gestellt wird, es sei denn man erklärt sich bereit Sklavendienste zu verrichten, dann kommt dieses einem Zwang gleich.

In nur ganz wenigen, aber wichtigen und bisher nie angewandten Artikeln ist das Grundgesetz geradezu Grundlage für einen demokratischen Sozialismus:

Artikel 14: Eigentum ist garantiert. Was nicht drin steht, ist, daß Eigentum dazu da sein soll, eigennützig genutzt zu werden. Es soll zum Wohl der Allgemeinheit genutzt werden. Wo jedoch wird das Eigentum zum Wohl der Allgemeinheit genutzt?

Artikel 15: Vergesellschaftung: Grund und Boden, Naturschätze können in Gemeineigentum übertragen werden wobei Form und Umfang der Entschädigung ein Bundesgesetz regeln wird.

Artikel 28: Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.

Doch was heißt das konkret? Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach klargestellt, daß der Staat das soziale Prinzip nicht von der Kassenlage abhängig machen darf, sondern daß der Staat für genügend Einnahmen zu sorgen hat. Das Grundgesetz gäbe hierzu die Möglichkeit. Schon 1956 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, daß ein hinreichender Lohn für Arbeit eine direkte Anwendung des Sozialstaatsprinzipes des Grundgesetzes bedeute. Die Forderung nach einem Mindestlohn von dem man leben kann ist also fast 60 Jahre alt, wird aber mehr denn je mit Füßen getreten.

Eine konsequente Auslegung unseres Grundgesetzes würde es verbieten, die Risiken und Unwägbarkeiten für die der einzelne nicht haften kann bei diesem abzuladen. Ein sozialer Staat läßt keinen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu und gibt nicht dem, der schon viel hat während er es von denen nimmt, deren Auskommen unzureichend für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Unsere gegenwärtige Verfassungsrealität ist in absurder Weise auf den Kopf gestellt worden, sodaß nur ein radikaler Schritt diese Fehlentwicklung korrigieren kann. Dies wird ohne eine kämpferische Auseinandersetzung mit den Feinden des Grundgesetzes vermutlich nicht möglich sein, da die Reichen und die herrschende Klasse nicht aus eigener Erkenntnis heraus zu den richtigen Schlüssen kommt und stattdessen das Grundgesetz verbiegt, um paramilitärische Einheiten aus Bundeswehr und Polizei zu formen und auf Bürgerinnen und Bürger, die nichts anderes vornehmen, als für die Umsetzung des Grundgesetzes einzutreten, zu hetzen.

So wie ich 1989 davon geträumt hatte, daß bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten das jeweils Beste aus der jeweiligen Verfassung übernommen würde, wäre dies auch ein Traum für uns als EU BürgerInnen heute. Doch, anstatt die Vorzüge der DDR-Verfassung mit aufzunehmen und mit den guten Ansätzen des BRD-Grundgesetzes zu einer für das vereinte Deutschland gültigen Verfassung zu verschmelzen wurde das GG über 40 Mal geändert und das in den seltensten Fällen in fortschrittlicher Weise.

Angesichts der Neubestellungen von [Wasserwerfern](#), des Trainings von BundeswehrsoldatInnen mit paramilitärischen Strategien oder Provokationen wie im Schwarz-Grün regierten Frankfurt am Main und zuletzt durch Hamburg's SPD nimmt sich unsere Debatte um Programme aus wie der berühmte Ausspruch von Lenin von wegen des Bahnhofes und der Revolution in Deutschland.

Und an die Adresse des so genannten „Verfassungsschutzes“ gerichtet können wir nur sagen, es ist leider gegenwärtig absolute Zeitverschwendung und nahezu lächerlich, uns zu beobachten. Bei was denn, bitte?! Und an unsere eigene Adresse ist die Forderung zu richten: Wenn wir schon beobachtet werden dann geben wir doch wenigstens einen Grund!

Wenn denn nun der alternative Programmentwurf unser Grundgesetz zu Recht als eine verteidigungswürdige Verfassung darstellt, dann sollten wir aber nicht nur verbal dies fordern sondern auch zur Tat schreiten.

Wir müssen natürlich die Herrschaftssprache entlarven, aber noch viel wichtiger ist es, diejenigen Medien, die Gewalt schüren und Öl ins Feuer gießen, anzugreifen, warum nicht mal mit Sit-ins und Flashmobs bei Blättern wie der Hamburger Morgenpost, die auf ihrer Titelseite angeblich einen Polizisten mit den Worten „[Nächstes Mal schießen wir scharf!](#)“ zitiert. Diese Art von „Journalismus“ gießt nicht nur Öl ins Feuer, sondern die Eigentümer des Blattes erteilen quasi einen Schießbefehl auf das Volk. So etwas muß Konsequenzen haben!

Die inzwischen auch in das Feuilleton der FAZ Einzug erhaltende „[Akzelerationismus](#)“ – Theorie sollte uns zu denken geben. Offenbar ist man sich in den Redaktionsstuben des Zentralorgans des deutschen Bürgertums der Tatsache bewußt, daß sich das System nicht mehr lange aufrechterhalten läßt und daß es zu Aufständen kommen wird. Wir dürfen dieser Schicht nicht die Hoffnung vermitteln, DIE LINKE sei in dieser Situation ein Puffer sondern wir müssen an der Seite der Aufständischen stehen. Ich habe schon vor vielen Jahren geschrieben, daß man sich bei einer abgehenden Lawine doch nicht von unten gegen diese lehnt, sondern ihr einen Tritt gibt, damit sie schnell und ohne viel Schaden anzurichten möglichst geradlinig ins Tal stürzt. Linke sollten ihre theoretisch-verschwurbelten Wahlprogramm-Diskussionen in Hinterzimmer verlagern und stattdessen die Revolution vorbereiten, denn 2014 ist das Jahr der Aufstände, das zeigen SPD in Hamburg und CDU & Grüne in Frankfurt auf eindrucksvolle Weise! Artikel 20 Satz 4 GG stellt klar, daß die Bundesrepublik Deutschland ein „sozialer Bundesstaat“ sein soll und daß wir gegen jeden, der es unternähme diesen zu beseitigen das Recht zum Widerstand haben. Dieser muss geleistet werden und nicht nur nebulöse Vorschläge und schöne Solidaritätsworte gegeben werden, denn bald schon fragt keiner mehr wer und wann.